

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 16

Köln, den 15. April 1932

33. Jahrg.

Der Reichswirtschaftsrat über die Wirtschaftslage.

Der Zentralschuss des Wirtschaftsrates hat der Reichsregierung über seine Untersuchungen über die Steigerung der Produktion, insbesondere durch Arbeitsbeschaffung einen Bericht erstattet, der in seinem ersten Teil die wirtschaftliche Lage behandelt. Diesen ersten Teil veröffentlichen wir nachstehend im Auszuge. (D. Red.)

Die deutsche Wirtschaft befindet sich heute in einem Zustande der Vereisung, der Produktion und Beschäftigung mit einem immer weitergehenden Einschrumpfen bedroht. Drei Ursachenreihen haben hier verhängnisvoll zusammengewirkt: die internationalen Ursachen der Weltkrise, gewisse Momente, die die Lage Deutschlands noch besonders verschärfen, und schließlich die seit dem Sommer und Herbst des vorigen Jahres eingetretenen Ereignisse, die nachgerade zu einer Zerstörung, zu einer Auflösung der Weltwirtschaft hinführen drohen.

Für Deutschland aber wird dieses allgemeine Bild der Weltkrise noch weiter verschärft durch die Last der Reparationen, die den Steuerdruck erhöhte, die innere Kapitalbildung verminderte, so daß Deutschland weitgehend auf den ausländischen Kapitalmarkt zurückgreifen und, da es die benötigten Kredite nur zum Teil in langfristiger Form erhielt, sich mit einer großen kurzfristigen Schuldbelastung mußte. Von hier aus kam die furchtbare Erschütterung der deutschen Wirtschaft im Juli vorigen Jahres, als plötzlich ein großer Teil dieser ausländischen Guthaben von den ausländischen Gläubigern zur Rückzahlung gekündigt wurde und als diese Kündigungen nun das ganze deutsche Kredit- und Geldsystem in eine Krise stürzten. Was diesen Vorgängen zugrunde lag, das war eine aus außen- und innenpolitischen Ursachen herrührende plötzliche Vertrauenskrise, die seitdem auf der ganzen deutschen Wirtschaft liegt, die Unternehmungstätigkeit lähmt und die Erstarrung der Wirtschaft immer weiter fortschreiten läßt. Internationale Ausschüsse, die die Lage in Deutschland untersuchten, haben wiederholt festgestellt, daß diese Lähmung der deutschen Wirtschaft eine Gefahr für die gesamte Weltwirtschaft bedeutet.

Und tatsächlich hat sich herausgestellt, daß die Vertrauenskrise, die vom Sommer vorigen Jahres ab sich gegen Deutschland richtete, keineswegs auf Deutschland allein beschränkt geblieben ist. Der feingliedrige Mechanismus des internationalen Kapitalverkehrs funktioniert nicht mehr. An seine Stelle trat eine Atomisierung der Weltwirtschaft, die in der von einer großen Zahl von Ländern eingeführten Devisenbewirtschaftung ihren sichtbarsten Ausdruck findet. Seitdem geht das Verhängnis weiter. Auf die Zerstörung des internationalen Kredits folgt die Zerstörung des internationalen Handels. Immer mehr Länder erhöhen ihre Zölle, sperren sich durch Einfuhrkontingente und Einfuhrverbote gegen die Einfuhr ausländischer Waren ab. Jedes Land will nur verkaufen, aber nicht kaufen —, und unter diesem methodisierten Widersinn, für den ein Ende noch nicht abzusehen ist, verschärft sich überall die Krise, gerät die Wirtschaft überall immer mehr in die Erstarrung, schrumpfen überall die Produktion, die Arbeitsmöglichkeit und der Lebensstandard der Menschen.

Die Einschrumpfung der deutschen Wirtschaft ist jetzt so weit gegangen, daß wichtige Produktionszweige, wie die Maschinenindustrie, nur noch mit rund 30 Prozent ihrer Kapazität arbeiten, andere, wie die Eisenindustrie, nur noch mit einem erheblich niedrigeren Satz, und daß im Baugewerbe, das am tiefsten daniederliegt, Ende Februar 1932 über 90 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter erwerbslos waren. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen in Deutschland wird für Ende Februar auf 6,3 Millionen

bezeichnet, wozu nach Schätzung der Gewerkschaften noch eine weitere Million nicht unterstützter Erwerbslosen treten dürfte. Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung rechnet nach einem dem Ausschuss erstatteten Bericht vom Februar ab wohl mit einer saisonmäßigen Entlastung des Arbeitsmarktes, aber in viel bescheidenerem Maße als im Vorjahr, insbesondere wegen der trostlosen Lage des Baugewerbes. Sie gibt die Durchschnittszahl der Erwerbslosen mit 4,8 Millionen an, von denen etwa 10 Prozent nicht unterstützt werden. Für das Haushaltsjahr 1932 rechnet sie mit einem Ansteigen der Arbeitslosenziffer um 800 000 bis 900 000 Köpfe und demnach mit einer Durchschnittszahl von 5,6 bis 5,7 Millionen Arbeitslosen; der Ausschuss hat Zweifel, ob der neuerdings von den Absperrungsmaßnahmen des Auslandes zu befürchtenden Einschränkung des deutschen Exports mit dieser Schätzung bereits in vollem Umfange Rechnung getragen sei.

In diese Erstarrung der deutschen Wirtschaft ist auch durch die auf Grund der letzten Notverordnung vorgenommene Lohnsenkung keine Belebung gekommen. Das Ausmaß dieser Lohnsenkung ist im Ausschuss auf etwa 3 Milliarden Reichsmark pro Jahr beziffert worden. Wären diese drei Milliarden tatsächlich Kaufkraftverschiebung aus den Händen der Arbeiter und Angestellten in die Hände der Unternehmer gewesen, so hätte unter den Voraussetzungen einer normalen Depression von hier aus immerhin eine Bewegung zur Wiedererholung der Wirtschaft ausgelöst werden können. Die Unternehmer hätten, ermutigt durch die Kostensenkung, das ihnen dadurch zugewachsene Plus an Kaufkraft entweder selbst investiert oder anderen als Kapital zur Investition zur Verfügung gestellt; sie hätten dadurch den Kaufkraftausfall, der zunächst die Konsumgüterindustrie betroffen hätte, arbeitsmarktmäßig durch Neueinstellung von Arbeitern in der Produktionsmittelerzeugung kompensiert; und es hätte sich aus dieser Neueinstellung eine Vermehrung der volkswirtschaftlichen Erzeugung, eine Entlastung des Arbeitsmarktes und ein Wiederansteigen der Wirtschaft ergeben können. Die tatsächliche Entwicklung war dem völlig entgegengesetzt. Nicht nur ist von der Lohn- und Gehaltsenkung nahezu ein Drittel von vornherein durch die Umsatzsteuererhöhung abgeschöpft worden, die zum Ausgleich für schrumpfende andere Steuererträge notwendig war. Es wurde auch ein weiterer Teil der Lohn- und Gehaltskürzung durch den Rückgang der Preise kompensiert, der sich infolge der weltwirtschaftlichen Entwicklung nicht auf die angeordnete Ermäßigung der gebundenen Preise beschränkte. Hierdurch wurde für die Unternehmer nicht nur der reale Ertrag der Lohnsenkung für neue Produktion vermindert, sondern durch Wertsenkung ihrer Vorräte ihnen auch große einmalige Kapitalverluste zugefügt. Drittens wurde ihr Produktionserlös speziell im Außenhandel stark vermindert, weil die Erträge aus dem Export durch die veränderte Lage auf dem Weltmarkte infolge der Pfundentwertung und der überall erhöhten Einfuhrhemmungen weiter zurückgingen. Die vierte Notverordnung hat also lediglich eine Anpassung an die seit dem letzten Herbst verschärfte Weltkrise versucht, der auch Deutschland durch Herabsetzung von Produktionskosten und Preisen Rechnung tragen wollte. Der jüngste Bericht des Instituts für Konjunkturforschung weist darauf hin, daß trotzdem die Verschlechterung der Konkurrenzlage Deutschlands auf dem Weltmarkte seit dem Herbst noch keineswegs ausgeglichen ist. Es droht die

Gefahr weiterer Schrumpfung des deutschen Exports mit allen verderblichen Folgen der Produktion und Beschäftigung. Auf dem deutschen Binnenmarkt aber resultieren aus alledem schon jetzt eine weitere Minderung der Kaufkraft, eine weitere Vermehrung der Arbeitslosigkeit, eine weitere Schrumpfung überhaupt.

Im übrigen hätten auch ohnedies für die Belebung der privaten Investitionstätigkeit sowohl die psychologischen wie die sachlichen Voraussetzungen gefehlt. Die private Initiative ist durch die Krisenerschütterungen des letzten Jahres schwer gelähmt; die (im Entscheidenden auf außen- und innenpolitischen Ängsten beruhende) Vertrauenskrise hält den Unternehmungswillen nieder. Dazu kommt, daß es auch in weitem Umfange an den Objekten fehlt, die in den normalen Depressionen der Vorkriegszeit sich dem Unternehmungsmute darbieten. Der Wohnungsbau, der damals in der Regel die nächstliegende Gelegenheit für langfristige Investitionen bot, ist durch die verstärkte Bautätigkeit der Nachkriegszeit, zusammen mit dem Rückgange der Bevölkerungszunahme, jetzt in weit geringerem Maße als früher dazu geeignet. Das gleiche gilt für die sonst am Ende der Depression einsetzende vermehrte Investition von Produktionsmitteln. Durch die vorausgegangene starke Erweiterung der Produktionskapazität im Zusammenhange mit der Rationalisierung ist, abgesehen von den unumgänglichen Erneuerungen der Anlagen und vorbehaltlich neuer technischer Entwicklungen, der Bedarf hieran offenbar für längere Zeit gedeckt. Er wird auch bei einer Konjunkturbesserung voraussichtlich zunächst nur gering sein. Dies eröffnet wohl für die Zukunft eine Chance für raschere Erleichterung am Kapitalmarkt dann, wenn bei wieder zunehmendem Kapitalangebot doch die private Nachfrage danach mäßig sein wird. Doch bedeutet dies noch keine Hilfe für die Gegenwart. Der gegenwärtige Zustand unterscheidet sich von demjenigen bei Ende einer normalen Depression dadurch, daß ein billigerer Zinssatz, ein leichter Kredit und ein erhöhtes Kapitalangebot — gerade diejenigen Momente, die sonst Anzeichen dafür sind, daß man den Tiefstand der Depression tatsächlich erreicht habe — gegenwärtig in Deutschland sämtlich noch nicht vorhanden sind, und daß auch aus den oben geschilderten Gründen eine Wiederbelebung der privaten Investitionstätigkeit auf absehbare Zeit noch nicht zu erwarten ist.

Diese Analyse der gegenwärtigen Lage erklärt den aus allen Kreisen der Wirtschaft kommenden Ruf nach öffentlicher Arbeitsbeschaffung, mit dem sich der Zentralausschuß des vorläufigen Wirtschaftsrats jetzt beschäftigt hat. Die Wirtschaft droht immer schärfer zusammenzuschrumpfen. Für private Initiative, um aus diesem Schrumpfungsprozeß herauszukommen, fehlen weitgehend die sachlichen und vor allem die psychologischen Grundlagen. Kann die öffentliche Hand diese Lücke überbrücken, indem sie ihrerseits die Initiative für Arbeitsbeschaffung ergreift und sie organisiert? Der Zentralausschuß hat die beiden Seiten dieses Problems, die sachlichen Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung und die finanziellen Möglichkeiten ihrer kapitalmäßigen Inangriffnahme, zu klären gesucht.

Die christlichen Gewerkschaften zur Arbeitsbeschaffung.

Der Hauptvorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands nahm in seiner Sitzung vom 16. März 1932 zu der Frage der Arbeitsbeschaffung erneut Stellung. Bereits vor zwei Jahren haben die christlichen Gewerkschaften eine Reihe Vorschläge außen- und innenpolitischer Art zur Belebung und Erleichterung der Wirtschaft gemacht. Im nachfolgenden werden diese Vorschläge, soweit sie noch nicht verwirklicht sind und unter Hinzufügung neuer, sich aus der veränderten Gesamtlage ergebender Anregungen, unterbreitet.

a) Außenpolitisch:

1. Beseitigung der politischen Verschuldung der Staaten unter sich. Beseitigung der Kriegstribute.
 2. Bekämpfung der Abschmürrung der deutschen Ausfuhr. Förderung des Exports unter Berücksichtigung des notwendigen Schutzes der heimischen Arbeit. Durchführung einer elastischen Zollpolitik. Abschluß von ordnungsmäßigen Handelsverträgen. Maßnahmen des Völkerbundes zu einer vernünftigen internationalen Zoll- und Kreditpolitik.
- Neugestaltung des Wanderungswesens unter nationalen und

internationalen Gesichtspunkten. Gemeinsame Erschließung von nicht ausgenutzten Arbeitsmöglichkeiten.

3. Festhalten der Auslandskredite für produktive Zwecke, zu günstigeren Bedingungen. Umwandlung der kurzfristigen Auslandskredite in langfristige.

4. Unterstützung der Bestrebungen, durch internationale Vereinbarungen, die Arbeitszeit zu verkürzen.

b) Innenpolitisch:

1. Die private Unternehmungslust, Initiative und Investitionsfreudigkeit mit allen brauchbaren Mitteln wecken und unterstützen.

2. Auf die noch zu hohen Zins- und Provisionsätze sowie auf die zu hohen Zinsspannen planmäßig weiter drücken. Den Kapitalmarkt erleichtern. Die gehamsterten Noten wieder in den Verkehr bringen.

3. Die notwendige Kreditausweitung auf die am wenigsten bedenkliche Weise, ohne die Währung zu gefährden, vornehmen. Erleichterung bei der Hereinnahme von Warenwechseln durch die Reichsbank. Schaffung eines Überbrückungskredits für die sofortige Hereinnahme von Auslandsaufträgen. Vereinfachung und Deregulierung der öffentlichen Verwaltung, um auch dadurch Mittel für wirtschaftliche Zwecke freizumachen.

4. Die mittleren und kleinen Betriebe bei der Kreditgewährung stärker als bisher berücksichtigen, besonders wenn sie entsprechende Aufträge haben.

5. Durchführung einer Arbeitsbeschaffungspolitik durch öffentliche Arbeiten, soweit sie im Interesse der Gesamtheit liegt und es sich um zusätzliche Arbeiten oder um solche Arbeiten handelt, die nötig sind, sonst aber nicht ausgeführt würden. (Reichsbahn-, Reichspostaufträge, zusätzliche Arbeitsbeschaffung durch Kommunen, Straßeneinstandsetzung, landwirtschaftliche Meliorationen, Hausreparaturen, Wohnungsteilungen usw.)

6. Verstärkte Siedlungstätigkeit (Landarbeitersiedlung, Landarbeitereigenheimbau, Stadtrand-siedlung, Kleingartensiedlung).

Ausdehnung und stärkere finanzielle Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes.

Förderung des soliden Bausparwesens zur Unterstützung des Eigenheimbaus und Belebung des Baumarktes.

7. Eindämmung sinnloser Bevorzugung ausländischer Waren durch zweckentsprechende Aufklärung der Verbraucherkreise, vor allem auch der Hausfrauen.

8. Stärkere Durchführung des Krümpersystems.

9. Maßnahmen gegen überlange Arbeitszeiten und Mehrschichten-unwesen.

Unerwünschte Blutabzapfung.

Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie hat sich am 17. März mit wirtschaftspolitischen Erfordernissen, die sich aus der gegenwärtigen Lage ergeben, befaßt. So meldet die Tagespresse und nennt die einzelnen Punkte, auf die sich die Aussprache und die Stellungnahme konzentrierte. Es müsse, so wurde gesagt, von der Regierung gefordert werden, daß sie alles daran setze, die Hemmungen der Privatinitiative zu beseitigen, die ihrer freien Entwicklung im Wege stehen. Es müßten unbedingt die Grundlagen dafür geschaffen werden, daß die Betriebe wieder rentabel wirtschaften können. Es müsse vor allem auch auf dem Gebiet der Arbeitsbedingungen ein Zustand geschaffen werden, der freie Vereinbarungen über Arbeitslohn und Arbeitszeit ermöglicht, damit mehr Arbeitskräfte wieder Beschäftigung finden könnten.

Wir registrieren die Meinung des Präsidiums des Reichsverbandes der deutschen Industrie hier nicht, weil sie neu ist, sondern um zu zeigen, daß der maßgeblichen Arbeitgeberführung die bisher schon durchgeführten Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft noch nicht weit genug gehen und nach wie vor die These, daß die deutsche Wirtschaft über das Lohnkonto saniert werden müsse, aufrecht-erhalten wird.

Aus unserer Stellungnahme gegen die im Reichsverband der Industrie herrschende Meinung, insbesondere gegen den Lohnabbau und den dadurch verursachten Kaufkraftschwund haben wir nie einen Hehl gemacht. Wir bekämpfen die dahingehenden Absichten nicht nur deshalb, weil die damit verbundenen Maßnahmen von den Betroffenen Opfer fordern, die niemanden helfen, sondern auch deshalb, weil wir nicht einsehen können, daß durch die bisher beliebte Deflationspolitik irgendeine Besserung unserer wirtschaftlichen Lage zu erreichen ist. Diese Einsicht scheint sich endlich auch in Kreisen der Wirtschaftsjahresverständigen bemerkbar zu machen, die

vor kurzer Zeit noch alles Heil von einem möglichst radikalen Lohnabbau erwartet haben.

So finden wir im „Deutschen Volkswirt“ vom 11. März 1932 folgendes Bekenntnis: „Aber die relativ günstige Lage der Konsumindustrie muß sorgfältig geschützt werden: in einer Zeit, in der man nicht weiß, mit welcher Sicherheit und innerhalb welcher Frist sich Lohnersparnisse (des Unternehmers natürlich, die Schriftltg.) in Kapitalbildung und damit in Nachfrage nach Produktgütern umsetzen, darf die Ermäßigung der Selbstkosten — von allen sozialen und politischen Rücksichten abgesehen — nicht die allein maßgebende Richtlinie sein: die Erhaltung der Konsumkraft hat hier lebenswichtige konjunkturelle Bedeutung.“

Sogar ein Gelehrter — Prof. Adolf Lampe —, der bisher von der Lohnsenkung eine beträchtliche Entlastung des Arbeitsmarktes erwartet hatte, muß jetzt bekennen (Soziale Praxis v. 3. 3. 1932): „... daß die aus Lohnabbau frei werdenden Betriebskapitalien in sehr hohem Grade zur Abtragung aufgenommenen Kredite Verwendung finden... die Kredite werden stillgelegt —, die Lohnsenkung verpackt in eine Kreditdeflation.“ Wie nicht anders zu erwarten war, müssen wir leider hinzufügen. Nach diesem Erfolg des letzten Lohnabbauexperimentes ist sogar Prof. Lampe bekehrt; auch er gibt jetzt zu: „Die Lohnsenkungsschraube ist bis zur letzten Windung angezogen —, die Steuerschraube ist ausgedreht. Wenn aber die Tariflöhne wirklich Mindestlöhne sind, kann und darf die Lohnendifferenzierung nur nach oben hin erfolgen.“ Einverstanden, Herr Professor, über solche Vorschläge können wir uns mit Ihnen durchaus verständigen.

Auch ist interessant, daß andere Wirtschaftskreise die von der Industrie kundgegebenen Absichten und Forderungen bedenklich finden und ablehnen. Jedenfalls weil sie viel unmittelbarer die Wirkungen der sogenannten Deflationspolitik zu spüren bekamen als die ganz großen Wirtschaftsgebilde, die ihre Leute in das Präsidium des Reichsverbandes entsenden. Die „Mitteländische Wirtschafts-Korrespondenz“ nimmt zu den Absichten der Industrie Stellung und sagt u. a. folgendes:

„Die Schwerindustrie ist in den letzten Tagen mit Forderungen in die Öffentlichkeit getreten, die darauf hinauslaufen, die Deflation, vor allem auf dem Gebiet des Arbeitseinkommens weiterzutreiben. Bei dem großen Einfluß, den die Schwerindustrie auf die Spitzenorganisationen der Wirtschaft ausübt, muß man mit neuen Deflationsexzessen rechnen. Damit ist aber dem Handel und Gewerbe nicht gedient.“

Die Dinge liegen so, daß man die Deflation als eine bestimmte Etappe in der Krisenentwicklung aufzufassen hat. Im Rahmen der Deflation vollzieht sich die Anpassung der Ausgaben, vor allem des Arbeitseinkommens an die verringerte Wirtschaftstätigkeit und an die verringerte Rentabilität. Die Deflation, richtig gehandhabt und nicht übertrieben, schafft ein neues wirtschaftliches Gleichgewicht. Dieses neue Gleichgewicht kann eine Brücke zur Überwindung der Krise sein. Die Deflation muß aber die Krisenwirkungen verschärfen, wenn ihre Durchführung zu Lasten der Kaufkraft geht. Das letzte trifft für den Deflationsprozeß der letzten Zeit in Deutschland zu. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich vermehrt, die Schrumpfung der wirtschaftlichen Tätigkeit hat sich fortgesetzt. Unsere gesamten volkswirtschaftlichen Umsätze werden für das 4. Quartal 1931 mit 39,1 Milliarden Reichsmark angegeben. Sie betragen im 4. Quartal 1930 noch 47,1 Milliarden und im 4. Quartal 1929, das man noch als Normaljahr ansprechen kann, rund 57,8 Milliarden Reichsmark. Es spricht alles dafür, daß eine neue Deflation die Schrumpfung steigern wird.

Nach der Blutabzapfung der Kaufkraft, die Ende des verfloßenen Jahres vorgenommen wurde, hat sich das Preisniveau auch nur notdürftig wieder stabilisiert. Die Zurückhaltung, die die Kunden, die den weiteren Preisfall abwarten wollen, an den Tag legen, fängt an, nachzulassen. Die Verhältnisse beginnen, sich wieder zu normalisieren. Ein neuer Aderlaß würde die Besserungen vernichten, würde das Preisniveau abermals in Unordnung bringen, müßte ungünstige Rückwirkungen auf die Kaufkraft haben, die man wohl am besten als Käuferstreik bezeichnen kann.

Wir erwarten von der Regierung, daß sie sich den Wünschen der Schwerindustrie versagt. Die Regierung hat die Pflicht, alle Mittel einzusetzen, um zur Überwindung der Wirtschaftskrise zu kommen. Sie verstößt gegen diese Pflicht, wenn sie sich zu Maßnahmen verleiten läßt, die die Krisenwirkungen für den Mittel-

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Für die Zeit vom 10. bis 16. April 1932 ist der 16. Wochenbeitrag fällig.

Verlorene Bücher.

Nr. A 11 055, Ernst Brignig; Nr. 316 983, Johann Brockschmidt; Nr. 299 097, Josef Moselage; Nr. A 4973, Matthias Keuter; Nr. A 13 547, Wilhelm Rettinghaus; Nr. 295 475, Karl Brockmann; Nr. 332 749, Franz Barth; Nr. 332 811, Albert Dölle; Nr. A 3646, Wilhelm Becker; Nr. 44 894, Karl de Claire; Nr. 13 588, Heinrich Krone; Nr. A 5312, Käthe Fischer; Nr. 272 646, Wilhelm Cockslein; Nr. A 5595, Max Hoffmann.

Diese Bücher sind für ungültig erklärt.

stand in einem Maß verschärfen, das einfach untragbar ist. Es ist nicht nötig, der Großindustrie jeden Gefallen zu tun.“

Wir stellen somit fest, daß es auch im Mittelstand zu dümmern beginnt und, so hoffen wir, die kritiklose Zustimmung zu Forderungen der Industrie, wenn sie sich gegen die Arbeiterschaft und die Gewerkschaften richtet, ein Ende gefunden hat. Die Meinung, die im letzten Satz zum Ausdruck kommt, vertreten wir schon lange und wünschen, daß man endlich danach handeln möge.

Rundschau.

Der Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen führt in den meisten Teilen des Reiches am 16.—17. 4. 1932 einen Reichsopfer- und Werbetag für Jugendherbergen durch. Die Veranstaltung hat die Aufgabe, dem schwer notleidenden Jugendherbergswerk die Hilfe der breitesten Öffentlichkeit, eine Selbsthilfe im wahren Sinne des Wortes, zuzuführen. An den vorgenannten Tagen werben die Jugendherbergfreunde zusammen mit der wandernden Jugend aller Richtungen für ihr Werk.

Ausstellungs-Feierjahr der Automobilindustrie. Die Internationale Spitzenorganisation der Automobilindustrie, das „Bureau Permanent International des Constructeurs d'Automobiles“ beabsichtigt, eine Neuregelung der europäischen Automobilausstellungen vorzunehmen. Danach dürfen im Jahre 1933 sowie in jedem darauffolgenden dritten Jahr internationale Automobilausstellungen nicht abgehalten werden. Erfasst werden alle Automobilausstellungen in Europa. Zu dieser Regelung fehlt nur noch die Zustimmung Englands; sämtliche andern Länder haben sich bereits einverstanden erklärt.

Neuanlagen im Handwerk und Handel. Die Wirtschaftskrise hat die Investitionstätigkeit in der deutschen Wirtschaft auf die Nulllinie geworfen. Die Vorräte haben sich vermindert. Während sich im Jahre 1930 noch in diesem oder jenem Wirtschaftszweig eine Neuanlagetätigkeit, wenn auch in beschränktem Umfange, zeigte, sind im Jahre 1931 im weiten Bereich der Wirtschaft nicht einmal mehr die zum Ausgleich der Abschreibungen erforderlichen Ersatzinvestitionen durchgeführt worden.

Zu diesem Schluß kommt das Konjunkturforschungsinstitut in einem seiner letzten Wochenberichte. Von den Rückschlüssen sind Handwerk und Handel besonders stark betroffen worden. Die Entwicklung ergibt sich aus folgender Feststellung:

	1924	1927	1928	1929	1930
(in Millionen Mark)					
Investitionstätigkeit:					
Wirtschaft insgesamt	2701	7168	7269	6014	2800 — 3000
Handwerk	57	209	157	100	0
Einzelhandel	47	179	202	153	0
Großhandel	35	85	100	50	0
Vorratsbildung:					
Wirtschaft insgesamt	5511	4104	2624	— 830	— 2000
Handwerk	264	+ 182	+ 50	+ 20	—
Einzelhandel	2424	1013	389	— 28	—
Großhandel	1330	610	270	— 323	—

Bei der Vorratsbildung setzte die Zunahme besonders nach der Inflation ein. Sie steigerte sich stark in den Jahren nach der Krise 1926/27 und fällt mit Beginn der Krise 1930 stark ab. Ähnlich verläuft die Anlagetätigkeit. Die Investitionen im Handwerk und Handel sind gerade seit 1928/29 beträchtlich zurückgegangen. Schon

1930 kam die Investitionstätigkeit ganz zum Stillstand. Die Einzelhandelsvorräte blieben im Jahre 1929 im ganzen noch unverändert. Seit 1930 gehen sie aber auch zurück. Aus den Anhaltspunkten für das Jahr 1931 kann man schließen, daß für das gesamte Jahr zum mindesten mit gleichem Rückgang wie im Jahre 1930 zu rechnen ist. Dafür spricht die akute Zuspitzung der Kredit Schwierigkeiten, die die Betriebe zwingt, aus Gründen der Liquidität ihre Vorräte abzubauen, und weiter selbstverständlich der Rückgang der Preise, der automatisch den Wert der Vorräte herabsetzt.

Die neuen Waggon-Quoten. In dem neuen Vertrag zwischen der Reichsbahn und der Deutschen Wagenbau-Vereinigung, der für die Jahre 1932 bis 1936 abgeschlossen worden ist, hat die Reichsbahn die Quoten der einzelnen Waggonfabriken gegenüber den früheren, für die Jahre 1927 bis 1931 gültigen Quoten für das Reichsbahn-Waggongeschäft folgendermaßen festgesetzt:

	Alte Quote in %	Neue Quote in %
Sinke-Hofmann-Busch-Werke mit den Werken Breslau, Bauzen, Weimar und der Gebr. Schöndorff AG., Düsseldorf	26,57	28,5
Der Westdeutsche Waggonfabriken mit den Werken Köln-Deutz, Mainz-Mombach und der Waggonfabrik Fuchs, Heidelberg	20,52	21,1
Orenstein & Koppel mit den Werken Dorstfeld, Spandau und den Firmen Dessauer Waggonfabrik AG. und Gothaer Waggonfabrik AG.	7,76	7,55
Waggon- und Maschinenbau AG., Görlitz	6,95	7,—
Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG.	4,80	6,30
Waggonfabrik Wegmann & Co., Kassel	3,78	3,70
Waggonfabrik Talbot GmbH., Aachen	3,38	3,70
Waggonfabrik AG., Herdingen	3,37	3,30
Gebr. Credé & Co., Niederwehren b. Kassel	2,86	2,75
Eisenbahnverkehrsmittel AG., Berlin-Wismar	2,68	2,65
Waggonfabrik C. Steinfurt AG., Königsberg i. Pr.	2,82	2,80
Hannoversche Waggonfabrik AG., Hannover	2,55	—
Gottfried Lindner AG., Ammendorf b. Halle	2,59	2,60
Waggonfabrik Jos. Rathgeber AG., München	1,92	1,92
Beuchelt & Co., Grünberg i. Schlef.	1,89	2,10
Christoph & Unmack AG., Niesky	1,70	—
Siegener Eisenbahnbedarf AG., Siegen	1,53	1,50
Maschinenfabrik Ehlingen, Ehlingen	1,43	1,43
Waggonfabrik AG., Rastatt	1,10	1,10

Die Quote der Hannoverschen Waggonfabrik AG. (Hawa) wurde, entsprechend der Höhe des Aktienbesitzes, auf die beiden Großaktionäre Sinke-Hofmann-Busch-Werke mit 1,30 und Der. Westdeutsche Waggonfabriken mit 1,25% aufgestellt. Auch die Quote der Christoph & Unmack AG. in Niesky, die Ende v. J. aus der Deutschen Wagenbau-Vereinigung ausgetreten und somit Außenseiter dieses Kartells geworden ist, wurde auf die übrigen Waggonfabriken aufgeteilt. Für die Gebrüder Schöndorff AG., die im alten Vertrag über eine Quote von 2,55% verfügte und für die H. Fuchs Waggonfabrik AG. in Heidelberg, die im ersten Reichsbahn-Waggonvertrag über eine Quote von 3,39% verfügte, wurden wegen der Zugehörigkeit dieser Werke zu Ost- bzw. Westwaggon diesmal keine Einzelquoten festgesetzt; bei den zum Konzern der Orenstein & Koppel AG. gehörenden Gothaer und Dessauer Waggonfabriken betrug bisher die Quote für Gotha (thüringische Länderquote) 2,55 und die Quote für Dessau (anhaltische Länderquote) 2,4%. Diese Quoten dürften keine Kürzung erfahren haben, so daß die Derringerung der O. & K.-Quote um 0,21% ausschließlich zu Lasten der Werke Dorstfeld und Spandau gehen dürfte. Die Quoten beziehen sich, wie im früheren Vertrag, auf den Teil der Reichsbahnaufträge, die 90% des Reichsbahnbedarfs an Wagen der verschiedenen Typen umfassen, während die Reichsbahn sich wiederum vorbehalten hat, 10% ihres Wagenbedarfs außerhalb der Vereinigung zu decken.

Arbeitsrecht und Arbeiterschutz.

Die Lage der Unfallversicherung.

Nach überschlägiger Berechnung des Reichsversicherungsamtes haben die Gesamtausgaben in der Unfallversicherung im Jahre 1931 etwa 420 Millionen Reichsmark betragen. Gegenüber dem Jahre 1930, für das soeben die endgültigen Zahlen aus der Unfallversicherung veröffentlicht werden, ist eine Minderung der Ausgaben um rund 9 Millionen Reichsmark eingetreten. Jedoch viel stärker ist der

Beschäftigungsgrad zurückgegangen, und eine noch größere Abnahme haben die Lohnsummen, die Berechnungsgrundlage für die Aufwendungen in der gewerblichen Unfallversicherung, erfahren. Dadurch haben sich im Jahre 1931 im Vergleich zum Vorjahre 1930 die Schwierigkeiten der Beitragsaufbringung bedeutend verschärft.

Im Jahre 1930 erfaßten die gewerblichen Berufsgenossenschaften 1 110 245 Betriebe mit 9 984 123 Dollarbeitern. Die Abnahme der Dollarbeiter gegenüber dem Jahre 1929 betrug bei allen gewerblichen Berufsgenossenschaften zusammen 7,3 Prozent. Am stärksten war die Abnahme bei den Baugewerksberufsgenossenschaften um 23,6 Prozent. Es folgten die Holzberufsgenossenschaften mit 16,0 und die Eisen- und Stahlberufsgenossenschaften mit 11,6 Prozent. Insgesamt betrug der Umfang der Unfallversicherung nach der Zahl der Versicherten 27,2 Millionen Personen. Hiervon waren 11,2 Millionen bei den gewerblichen und 14,1 Millionen bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften und der Rest von 1,9 Millionen bei den Ausführungsbehörden versichert. Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften ist die Rentenzahl sehr stark gestiegen, der Versichertenbestand dagegen zurückgegangen. Am stärksten ist dies bei den Knappschaftsberufsgenossenschaften eingetreten. Auf 1000 Dollarbeiter entfielen im Jahre 1930 in der Knappschaftsberufsgenossenschaft 104,82 Renten an Verletzte und Kranke und 63,42 Renten an Hinterbliebene. An der zweiten Stelle stehen die Baugewerksberufsgenossenschaften mit 65,58 Renten an Verletzte und Kranke auf 1000 Dollarbeiter und 19,52 Renten an Hinterbliebene. Der Durchschnitt aller gewerblichen Berufsgenossenschaften beträgt auf 1000 Dollarbeiter dagegen 41,21 Renten an Verletzte und Kranke und 12,75 Renten an Hinterbliebene. Die Gesamtausgaben der Unfallversicherung beliefen sich auf 429,145 Millionen Reichsmark, denen 423,27 Millionen Reichsmark Einnahmen gegenüberstanden. Das Vermögen der Unfallversicherung ist im Jahre 1930 um 5,9 Millionen Reichsmark auf 308,8 Millionen Reichsmark zurückgegangen.

Eine Verordnung über die Arbeitslosenversicherung

ist von der Regierung unter dem 21. März erlassen. Dieselbe soll eine Vereinfachung und Verbilligung der Arbeitslosenversicherung herbeiführen. Im reinsten Bürokratendeutsch werden eine Reihe von Änderungen verordnet, die nicht alle so harmlos sind, als wie das bei oberflächlicher Betrachtung scheinen mag.

Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt wird kaltgestellt. Die meisten Aufgabengebiete werden ihm entzogen und dem Vorstand der Reichsanstalt übertragen. Im Verwaltungsrat und Vorstand der Reichsanstalt sollen in Zukunft dieselben Personen Mitglieder sein. Die Zahl der Beisitzer im Verwaltungsrat der Reichsanstalt und in den Verwaltungsausschüssen der Landesarbeitsämter und Arbeitsämter wird verringert. Zahlreiche redaktionelle Änderungen des Gesetzes bringen nun das Gesetz der Praxis näher.

Die Verwaltungsausschüsse, die bisher vierteljährlich mindestens einmal tagen mußten, brauchen in Zukunft nur noch einmal jährlich einberufen zu werden. Auf die Einstellung von Fachkräften haben in Zukunft die Verwaltungsausschüsse nur noch wenig Einfluß. Der Bürokratie soll überlassen werden, welche Beschäftigungen in Zukunft als geringfügig anzusehen sind.

Das schlimmste ist, daß in Zukunft die Arbeitslosen darunter leiden müssen, wenn die Arbeitgeber trotz abgezogener Beiträge diese nicht abgeführt haben. Beiträge, die später als einen Monat nach Fälligkeit entrichtet werden, sind künftig für die Zugehörigkeit zur Lohnklasse nicht mehr zu berücksichtigen. Eine Ausnahme macht man nur noch, soweit und solange der Arbeitslose das ihm geschuldete Arbeitsentgelt noch nicht erhalten hat. Die Arbeitsämter können bei Überzahlungen an Rentner fortan die Renten auch ohne Zustimmung des Bezugsberechtigten pfänden.

Für das Spruchverfahren und die Kurzarbeiter-Unterstützung wurden ähnliche Verbilligungen geschaffen. Die neue Verordnung tritt am 8. April 1932 in Kraft. Die Umbildung der Organe und ihrer Ausschüsse hat sobald wie möglich, spätestens bis zum 23. Juli 1932 zu geschehen.

Intarsien aller Art

Katalog gegen 50 Pfg. in Briefmarken.
E. Miller, Heidelberg, Theaterstraße 711

Anzeigenpreis für die vierteljährliche 30 Pfennig. Stellengesuche und -angebote sowie Anzeigen der Stellenstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Benloer Wall 9. Telefonruf West 515 46. — Redaktionsschluss ist Samstag-Mittag.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich angeheftet. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von Mk. 1,— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorauszahlung. Geldsendungen nur Postcheckkonto 7718 Köln.